

daß die Bereiche von 250 bis 1.000 Bq/m³ in etwa 225.000 Wohngebäuden und über 1.000 Bq/m³ in 45.000 Wohngebäuden in Deutschland vorliegen können. Dabei wird abweichend vom international eingebürgerten Begriff „action level“ ganz bewußt nicht der Ausdruck „Aktionsschwelle“, sondern statt dessen der Begriff „Richtwert“ verwendet, „weil mit ‚Aktionsschwelle‘

zu sehr die tatsächliche Durchführung von Maßnahmen assoziiert wird“, wie es dazu in einer Schrift des Bundesamtes für Strahlenschutz von 1994 erläuternd heißt (BfS-SCHR-13/94: „ICRP-Publikation 65 über den Schutz gegenüber Radon-222 in Wohnungen und an Arbeitsplätzen und die Situation in der Bundesrepublik Deutschland“). ●

Dient jetzt das ziemlich abgedroschene Argument des angeblichen Risikos von Rückforderungen dazu, das veraltete Atommüllkonzept mit den Säulen Gorleben und Salzgitter wieder zu beleben? Das fragt man sich jetzt im Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter e.V. und nahm dies zum Anlaß, den Dingen nachzugehen. Recherchen beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), beim Bundesrechnungshof und beim Bundesumweltministerium erbrachten folgende Fakten:

1. In dem Artikel der Braunschweiger Zeitung wird ein Gutachten des BfS erwähnt und der Eindruck erweckt, es beziehe sich auf die Risiken von Rückforderungen. Tatsächlich, so heißt es, gebe es aber kein entsprechendes Gutachten des BfS, sondern lediglich eine Aufstellung der bisherigen Aufwendungen für die Endla-

gererkundungen und Genehmigungsverfahren.

2. Es wird von einem brisanten Gutachten des Bundesrechnungshofs zur Atommüllpolitik der Bundesregierung gesprochen. Tatsächlich aber soll ein derartiges Gutachten ebenfalls nicht existieren. Es gebe zu dieser Thematik nur einen Prüfvermerk des Bundesrechnungshofes.

3. Die Existenz dieses Prüfvermerks soll in einer vertraulichen Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages erwähnt worden sein.

4. Im Umweltschutzforum ist bekannt, daß der Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme für den Wahlkreis Salzgitter in diesem Ausschuß sitzt und ein Befürworter der geplanten Atommüllkippe Salzgitter ist.

5. Nach Auskunft von Juristen hat die Atomwirtschaft bisher noch keine Rückforderungen beansprucht und hätte rechtlich auch kaum Aussichten, sich damit durchzusetzen.

Atommüll-Lager

Argumentieren mit nicht existierenden Gutachten

Eine angebliche Gefahr von Milliarden-Rückforderungen wird als Argument für die rasche Inbetriebnahme des Atommülllagers Schacht Konrad in Salzgitter mißbraucht.

„Prüfer: Milliarden-Risiko Schacht Konrad – Interner Bericht des Bundesrechnungshofs heizt Endlager-Debatte an – Fromme rügt ‚Mittelverschwendung‘“ So titelte die Braunschweiger Zeitung am 30. Januar 2004. Diese Schlagzeile und ein nachfolgender Bericht von Christian Kerl wurde bei Umweltschützern in der Region Salzgitter mit großer Verwunderung aufgenommen. In den letzten Jahren war ihnen von der SPD und den Grünen in Land und Bund immer wieder erklärt worden, das Konradverfahren müsse abgeschlossen werden, damit die Energiewirtschaft nicht die geleisteten Vorschüsse zur Erforschung und Planfeststellung der Atomendlager zurückfordern könne. Man wolle aber nur ein Endlager für jeglichen Atommüll und dieses – entsprechend dem sogenannten Energiekonsens und den rot-grünen Koalitionsvereinbarungen – in einem offenen neuen Suchverfahren bis 2030 finden und in Betrieb nehmen. Die Konsequenz war ein Moratorium der Erkundungen in Gorleben und der Verzicht auf den Sofort-

vollzug der Genehmigung des Atomendlagers Salzgitter.

Aus der Braunschweiger Zeitung vom 30. Januar 2004:

BERLIN. Ein brisantes Gutachten des Bundesrechnungshofs zur Atommüll-Politik der Bundesregierung hat die Debatte um das geplante Endlager Schacht Konrad in Salzgitter neu entfacht. Die Unions-Bundestagsfraktion will auf parlamentarischem Weg die Regierung zwingen, zur Endlager-Strategie und damit zur Zukunft von Schacht Konrad „Farbe zu bekennen“.

Der interne Prüfbericht des Rechnungshofs, der unserer Zeitung vorliegt, warnt vor finanziellen Risiken und Mehrausgaben durch das Konzept, den gesamten deutschen Atommüll nur noch in einem Endlager zu entsorgen. Würde aus diesem Grund auf Schacht Konrad verzichtet, würden die Rückforderungen der Energieversorger an den Bund für ihre dort geleisteten Aufwendungen mindestens 1,5 Milliarden Euro betragen; bei einer Projektaufgabe erst im Jahr 2010 würden die Kosten vor allem wegen der Zinsen bereits auf 3,2 Milliarden Euro steigen. Die Rechnungsprüfer berufen sich auf ein Gutachten des Bundesamtes für Strahlenschutz für den Fall, dass der Planfestbeschlussbescheid in einem laufenden Klageverfahren bestätigt wird. Hinzu gerechnet werden müssten die Kosten für die längere Zwischenlagerung des Atommülls – sie werden auf 6,9 Milliarden Euro geschätzt. Die Rechnungsprüfer kritisieren, der Bund habe die Auswirkungen der Atommüll-Strategie nicht sorgfältig geprüft.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) kündigte gestern eine parlamentarische Anfrage seiner Fraktion an die Regierung an. Die „Ein-Endlager-Strategie“ der Regierung sei „eine gigantische Mittelverschwendung“, für die bisher noch die Energieunternehmen aufkämen, die aber unter Umständen am Ende der Bund tragen müsse. Fromme kritisierte, dass auch das laufende Verwaltungsstreitverfahren nicht zügig betrieben werde. Für die Bürger am Standort Salzgitter sei die lange Unsicherheit unzumutbar; die durch den Streit verursachte lange Zwischenlagerung des Atommülls sei riskant und teuer. Das Bundesumweltministerium hatte den Prüfbericht als weder sachgerecht noch nachvollziehbar zurückgewiesen.

Fazit: Es wird der unzutreffende Eindruck erweckt, Gutachten von BfS und Bundesrechnungshof lägen vor und würden berechnete Milliardenforderungen der Energiewirtschaft belegen. Handelt es sich hier um eine bewußte Platzierung von Falschmeldungen? Eine schlüssige Erklärung dieser Vorgänge wird vom Umweltschutzforum Schacht Konrad auf der politischen Bühne gesehen. Nachdem der niedersächsische Umweltminister Sander die Integration von Atommüll zum Bestandteil seines ökologischen Entwicklungskonzeptes für Niedersachsen gemacht hat, springt der MdB Jochen-Konrad Fromme offenbar auf diesen Zug und verbreitet Mutmaßungen und Unwahrheiten als angebliche Fakten. Das gibt zu denken: Nirgendwo ist der Atommüll willkommen, aber einige Politiker aus Niedersachsen sehen ihn offensichtlich herbei und bedienen sich abenteuer-

licher Begründungen. Bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung nicht von der Ein-Endlager-Strategie abbrückt und auch die umweltschutzorientierten PolitikerInnen der anderen Parteien sich auf kommunaler sowie auf Landes- und Bundesebene nicht vor den Karren der Atomlobby spannen lassen.

Harald Bode,
Umweltschutzforum Schacht
Konrad Salzgitter e.V. ●

Plutoniumwirtschaft

Ärzte wollen die Plutoniumfabrik Hanau kaufen

„Wir kaufen Hanau“ – unter diesem Motto will die deutsche Sektion der Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) gemeinsam mit Prominenten und PolitikerInnen Siemens das bessere Angebot machen. „Wir wollen die Hanauer Plutoniumfabrik für 50 Millionen und einen Euro kaufen, bevor sie nach China geht. China bietet bloß 50 Millionen Euro“, sagt IPPNW-Sprecherin Angelika Wilmen. Die IPPNW habe die Initiative „Hanau selber kaufen“ am 26. Februar 2004 gestartet, weil die Anlage der chinesischen Regierung helfen würde, große Mengen atomwaffenfähiges Plutonium zu produzieren. Und China habe bereits Pakistan und dem Iran bei ihren illegalen Atomwaffenprogrammen geholfen. Zu den prominenten UnterstützerInnen der Aktion gehören unter anderen Peter Sodann, Hermann Scheer, Winfried Nachtwei, Andrea Nahles, Hans-Christian Ströbele, Konstantin Wecker, Martin Buchholz, Angelika Zahrt (BUND) und Eduard Bernhardt (BBU).

Die IPPNW ruft dazu auf, Mitbesitzer der MOX-Brennelementefabrik in Hanau zu werden und die Welt vor dem Umgang mit Plutonium und

waffenfähigem Material zu schützen. Die Selbstverpflichtungserklärung kann man sich unter <http://www.hanauselberkaufen.de> ausdrucken. Fällig werde das Geld nur dann, wenn der Kaufpreis tatsächlich zusammenkommt, wird erklärt.

Nicht ganz klar ist, was geschieht, wenn dies tatsächlich passiert. Dann müßten die Ärzte nicht nur für die Verschrottung sorgen, sie hätten außerdem eine erhebliche Summe für ein sinnloses kerntechnisches Fossil verschwendet, die in der medizinischen Versorgung von Atomopfern – zum Beispiel in der Tschernobylregion oder in den Atomwaffentestgebieten der Welt – dringend gebraucht würde. ●

Magdeburg, 20.+21.3.04

Bürgerbeteiligung zu Morsleben

Ende der 60er Jahre wurde der Salzstock unter der Gemeinde Morsleben zum zentralen Endlager für den Atommüll der DDR bestimmt und später auch von der Bundesrepublik noch weiter benutzt. Nun jedoch läßt die mangelnde Sicherheit der Anlage die extrem langfristige Lagerung des bereits eingelagerten Atommülls nicht mehr zu. Die Lösungen sind technisch aufwendig und kosten viel Geld. Ein Planfeststellungsverfahren wird bald in die Phase der öffentlichen Beteiligung eintreten. Deshalb laden die Friedrich-Ebert-Stiftung und Greenkids Magdeburg e.V. zum 20. und 21. März 2004 ins ÖZIM in die Harsdorfer Str. 49 in Magdeburg ein. Vorab soll mit Experten des Bundesamtes für Strahlenschutz, mit kritischen Wissenschaftlern und Menschen aus Bürgerinitiativen diskutiert werden.

Anmeldung und Information:
Friedr.-Ebert-Stiftung, Geißlerstr.
1, 39104 Magdeburg, ☎ 0391/56
8760 Fax 0391/56876 15, Email:
info.magdeburg@fes.de ●

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 60,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435
28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de;
<http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflügbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Michael Karus, Dipl.-Phys. (verantw.), Monika Bathow, Dipl.-Geogr., Dr.med. Franjo Grotenhermen, Arzt, Dr. Peter Nießen, Dipl.-Phys.: nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, ☎ 02233/ 943684, Fax 02233/943683. eMail: EMF@nova-institut.de, <http://www.EMF-Beratung.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frenzels-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthias, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 60,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 6,00.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Für Überweisungen aus dem Ausland: BIC: BEVODEBB, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2004 by Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288